

1. Mai Rede

Liebe Gäste der 1. Mai-Feier in Zofingen

Ich freue mich, heute ein paar Worte an Sie richten zu dürfen. Die Krankenkassenprämien! Sie sind nicht nur ein wichtiges Thema, weil am 9. Juni über die Prämientlastungsinitiative der SP abgestimmt wird, sondern vor allem auch, weil das Thema Gesundheitskosten wohl uns alle hier Anwesende betrifft. Ich bin einerseits als Frau und Mutter von drei Kindern resp. als Familienbudget mittragendes Elternteil von den monatlich hohen Kosten für die Krankenkasse von der Thematik betroffen, andererseits bin ich als Hebamme eine Leistungserbringerin im schweizerischen Gesundheitssystem, was bedeutet, dass mein Lohn von den Krankenkassen, die eben diese Prämien einfordern, vergütet wird. Zu guter Letzt bin ich als Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes sehr involviert in die Verhandlungen mit den Krankenkassen über die Tarife für ambulante Hebammenleistungen. Sie können sich vielleicht vorstellen, dass ich, je nach Hut, den ich gerade an habe, einen etwas unterschiedlichen Blick auf die Thematik werfe.

Als typische Mittelstandsfamilie mit inzwischen volljährigen, sich aber in Ausbildung befindenden «Kindern», belasten die monatlichen Krankenkassenprämien unser Haushaltsbudget stark. In Genuss von Prämienverbilligungen kommen wir nicht, weil wir die Kriterien knapp verpassen. Wir haben darum alles optimiert, um die Prämien tief zu halten. So haben wir hohe Franchisen gewählt und bezahlen somit auch einen beträchtlichen Teil unserer Gesundheitskosten selbst. Wir haben im letzten Herbst seit langer Zeit, so wie viele andere Menschen in der Schweiz auch, die Grundversicherung gewechselt, um möglichst das Optimum herauszuschlagen. Im Wissen, dass die Wechslerei eigentlich unsinnig und teuer ist, gleichzeitig aber von unserem doch etwas kranken Gesundheitssystem so gewollt ist.

Durch den Wechsel haben wir als Familie einige Tausend Franken einsparen können. Ob das für das System gut ist? Natürlich nicht, denn die vielen Wechsel kosten Geld, was wiederum via Krankenkassenprämien finanziert wird. Der angebliche freie Wettbewerb unter den unzähligen Anbietern will dies jedoch so. Ca. 20 Prozent aller Versicherten haben im letzten Herbst die Krankenkasse gewechselt, also ca. 1.4 Millionen Menschen. Allein im September und Oktober des vergangenen Jahres haben die Krankenkassen richtig dafür geworben, die Versicherung zu wechseln. Sie haben in nur zwei Monaten über 14 Millionen Franken in Werbung investiert. Insgesamt gaben die Krankenkassen im Jahr 2022 übrigens an die 72 Millionen Franken für Werbung aus. So viel, wie noch nie, war es im Jahr 2023. Die Krankenkassen, so wichtig sie für unsere Gesundheit sind, sind auch riesige, mächtige Geldvernichtungsmaschinen, mit einer sehr gut bezahlten Teppichetage.

Als Hebamme betreue ich Frauen und deren Familien im Wochenbett. Immer wieder kommt es vor, dass ich auf Familien treffe, die ihre Krankenkassen-Prämien nicht bezahlt haben, deswegen betrieben wurden und die darum auf der sogenannten schwarzen Liste auftauchen. Der Kanton Aargau ist einer der Kantone, der noch solche Listen führt. Menschen auf dieser Liste haben eine Sperre im System hinterlegt. Sie erhalten keine Leistungsvergütung durch die Krankenkasse, sondern müssten grundsätzlich alles selbst

bezahlen. Mir sind diese Listen seit vielen Jahren ein Dorn im Auge. Grundsätzlich sollten zahlungsfähige, aber zahlungsunwillige Personen auf dieser Liste stehen, Menschen also, die die Prämien bezahlen könnten, dies aber einfach nicht machen.

Meine Erfahrung zeigt ein anderes Bild. Ich traf auf alleinerziehende Mütter, auf Working Poors, auf Migrant:innen, fast immer auf Menschen, die es im Leben nicht einfach haben und meistens nicht in der Lage sind, ihre Finanzen zu managen, geschweige denn fähig sind, Fristen einzuhalten oder die Formulare für die Prämienverbilligung auszufüllen. Irgendwann werden die Prämienrechnungen nicht mehr beglichen, irgendwann flattern die Mahnungen und Betreibungen in den Briefkasten – und irgendwann ist es ihnen egal, resp. ist der Schlamassel so gross, dass die Ausweglosigkeit überhandnimmt. Ich bin überzeugt, dass die meisten dieser Menschen eigentlich Anspruch auf Prämienverbilligung hätten. Schlussendlich ist jede Person, die es nicht schafft, die Formulare rechtzeitig auszufüllen, ein Gewinn für den Kanton.

Bei meinen Klientinnen ist der Sachverhalt besonders stossend, weil die Schwangeren wegen finanzieller Not auf die nötigen Schwangerschaftskontrollen verzichten, was sich wiederum negativ auf die Gesundheit von Mutter und Kind auswirken kann. Eigentlich hat der Kanton Aargau die Liste vor Kurzem bereinigt, und eigentlich könnten Schwangere einen Antrag stellen, damit sie von der Liste gestrichen werden. In der Realität ist es aber so, dass die Schwangere wissen müsste, dass sie einen Antrag auf Streichung von der Liste verlangen könnte. Nur weiss sie dies häufig nicht und ist auch nicht in der Lage, einen solchen Antrag zu stellen. Der Gang durch die Ämter und Institutionen ist nämlich tatsächlich zermürend und ernüchternd, denn in der Regel ist niemand zuständig. Ich finde es darum ein Armutszeugnis, dass der Kanton Aargau an diesen Listen festhält und betroffene Menschen kaum Unterstützung erhalten.

Für mich als Hebamme hat die schwarze Liste ebenfalls eine wichtige Bedeutung. Meine Leistungen werden von der Krankenkasse nicht vergütet. Leider haben in der Regel die auf der schwarzen Liste aufgeführten Menschen auch das Geld nicht, meine Rechnung zu bezahlen. Aus Scham sprechen sie das Thema auch nicht an. So kommt es immer wieder vor, dass mir Einkommen verloren geht oder anders gesagt: ich arbeite gratis. Als Hebamme hätte ich die Möglichkeit, die schwarze Liste einzusehen und eine Betreuung abzulehnen. Ich habe noch nie jemanden abgewiesen. Im Gegenteil. Meistens sind die betroffenen Familien nämlich besonders auf Hilfe und Unterstützung angewiesen.

Die Kantone haben in den letzten Jahren bei den Prämienverbilligungen fast flächendeckend gespart: In 17 von 26 Kantonen wurde zwar mehr Geld für Prämienverbilligungen zur Verfügung gestellt, leider aber nicht in dem Ausmass, wie die Bevölkerung gewachsen ist resp. wie sich die Krankenkassenprämien erhöht haben. Anstatt zu sparen, müssten die Kantone die Mittel für Prämienverbilligungen aufstocken. In den vergangenen drei Rechnungsjahren hätten die kumulierten Rechnungsüberschüsse der Kantone jeweils locker ausgereicht, um die Mittel für Prämienverbilligungen mehr als zu verdoppeln!

Als Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes haben die Krankenkassenprämien nochmals etwas eine andere Bedeutung. In meinen elf Jahren als Präsidentin hatten die Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherungen und die Verhandlungen mit dem Bundesrat für die Genehmigung einer neuen Struktur eine ganz besondere Wichtigkeit. Ja, ich habe gekämpft! Für bessere Löhne, für bessere

Abrechnungsmöglichkeiten unserer Leistungen und für neue gesetzliche Grundlagen, um die Betreuung von Mutter und Kind zu optimieren. Im Wissen, dass mehr Leistungen für die Hebammen resp. für Mütter, Neugeborene und junge Familien auch eine Auswirkung auf den Anstieg der Gesundheitskosten haben. Immer wieder ist zu hören, dass Leistungserbringer:innen nun ebenfalls einen Beitrag leisten müssen, damit die Gesundheitskosten nicht noch weiter steigen! Das sind schöne Worte, doch gleichzeitig wird verschwiegen, dass bspw. wir Hebammen rund 20 Jahre ohne Erhöhung der Tarife auskommen mussten und stets zum gleichen Lohn gearbeitet haben. Man kann gerne ausrechnen, wieviel das Gesundheitswesen gespart hat, indem man Leistungserbringerinnen wie die Hebammen systematisch gedrückt hat und gar nie neue Tarife verhandeln wollte. Genauso ergeht es übrigens im Moment den Physiotherapeut:innen. Nur die immensen Kosten werden erwähnt, es wird aber nicht davon gesprochen, dass eine ganze Berufsgruppe über Jahre zu einem zu tiefen Lohn gearbeitet hat und immer noch arbeitet.

Liebe 1.Mai-Feier-Besucher:innen. Ich werde ein überzeugtes Ja zur Prämientlastungsinitiative in die Urne legen. Es braucht Entlastung und Unterstützung, damit nicht noch mehr Menschen auf den unsäglichen schwarzen Listen landen. Es braucht aber nicht nur mehr Prämienverbilligung, sondern es braucht endlich auch niederschweligen Zugang, damit diejenigen, die Prämienverbilligungen erhalten sollten, diese auch erhalten. Es braucht Politikerinnen und Politiker, die sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen. Der 1. Mai ist ein guter, ja ein wichtiger Anlass, dies zum Thema zu machen und Partei zu ergreifen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit